

Peres ruft iranische Juden

JERUSALEM, 29. Oktober (dpa). Die israelische Regierung sorgt sich um das Schicksal der etwa 28 000 Juden in Iran. Außenminister Schimon Peres forderte sie vor dem Parlament in Jerusalem auf, die wenigen verbliebenen Möglichkeiten der Auswanderung zu nutzen, wie der israelische Armeesender meldete. Peres äußerte sich auch sehr besorgt um die Zukunft der 6000 Juden in Syrien sowie das Schicksal der Juden in Yemen und einigen nordafrikanischen Ländern. Im Gegensatz zur Praxis der arabischen Nachbarländer habe Israel seit 1967 über 100 000 Einreiseerlaubnisse zur Zusammenführung palästinensischer Familien in den besetzten arabischen Gebieten ausgestellt.

FR
30. 10.
1987

Erneut Unterdrückung der Bahai in Iran beklagt

Hofheim (AP). Der deutsche Rat der Bahai-Religion hat erneut gegen die Diskriminierung ihrer Mitglieder in Iran protestiert. Die rund 300 000 Angehörigen der Religionsgemeinschaft lebten dort in völliger Rechtlosigkeit, für sie bestehe Berufsverbot, und oft würden sie mit dem Tod bedroht, teilte der Nationale Geistige Rat der Bahai für die Bundesrepublik gestern in Hofheim mit.

Der Nationale Rat berichtete, obwohl die Bahai den Islam als Mutterreligion betrachteten, werde ihnen in Iran nicht einmal die Anerkennung als Andersgläubige wie Juden und Christen zuteil. Sie würden dort als Heiden verfolgt, deren Blut ungestraft vergossen werden darf.

Tsp. 30. 7. 87

AA000091

AA000092

Amnesty International wirft Iran Mißachtung der Menschenrechte vor

Besorgnis auch über Strafen für geringfügige Vergehen geäußert

London (Reuter). Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat Iran weit verbreitete Folter und die Ermordung religiöser und politischer Dissidenten vorgeworfen. Die iranische Regierung wurde aufgefordert, der Brutalität und Unmenschlichkeit ein Ende zu setzen. In einem gestern in London vorgelegten Bericht heißt es, auch acht Jahre nach der Revolution würden die Menschenrechte von den Behörden des Landes ignoriert.

Nach Angaben von Amnesty liegen der Gruppe keine genauen Zahlen darüber vor, wie viele Menschen gefoltert oder getötet wurden. Mitarbeitern der Menschenrechtsorganisation sei es nicht gestattet, sich vor Ort zu informieren. Amnestys Informationen aus mehreren Quellen, wozu auch offizielle Verlautbarungen und Aussagen ehemaliger politischer Gefangener und deren Verwandten gehörten, erlaubten jedoch die Dokumentation anhaltender Übergriffe.

1986 habe die Organisation 115 Hinrichtungen in Iran registriert, hieß es in dem Bericht. Allerdings gehe die Organisation davon aus, daß die Zahl der tatsächlichen Hinrichtungen weit höher liege. Viele politische Gefangene würden heimlich hingerichtet. Folterungen und Mißhandlungen seien in den Gefängnissen an

der Tagesordnung. Die verbreitetsten Foltermethoden seien Schläge auf die Fußsohlen, Prügel mit Lederpeitschen, Stromkabel oder Stahlruten und das Aufhängen der Häftlinge an den Armen oder Handgelenken. Bei weiblichen Häftlingen komme es zu Vergewaltigungen. Tausende würden aus politischen Gründen festgehalten. Dazu gehörten Mitglieder oder Anhänger oppositioneller Gruppen und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten.

Sorge bereiteten Amnesty auch, die für geringfügige Vergehen verhängten Strafen, wie Steinigungen bei Verstößen gegen die Moral und Amputationen von Körperteilen bei Dieben. Wenn ein unverheiratetes Paar beim Küssen angetroffen werde, werde dies mit 99 Peitschenhieben bestraft. Der Menschenrechtsgruppe lägen Berichte vor, wonach schwangere Frauen nach dem Auspeitschen ihre ungeborenen Kinder verloren hätten.

Ein Sprecher der iranischen Botschaft in London sagte, in Iran gebe es keine Folter. Er gab zu, daß Steinigungen, Amputationen und Auspeitschungen vorkämen, doch diese Strafen würden nur bei ganz bestimmten Vergehen nach islamischem Recht verhängt. Im Westen fehle das Verständnis für die Gesetze des Islam.

Tages-
Spiegel,
14.5.87

AA000093